

Kreisrundbrief

Dezember 2014

Impressum

Herausgeber: Kreisverband Lörrach, Haagener Str. 14, 79539 Lörrach
T: 07621 - 16 72 63, F: 07621 - 16 05 202, kv@gruene-loerrach.de, www.gruene-loerrach.de
ViSdP: Kreisvorstand c/o BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Redaktion: Boris Pašek
Beiträge: Prof. Dr. Bernd Martin, Josha Frey, Joël Girard

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

KREISVERBAND LÖRRACH



Liebe Freundinnen, liebe Freunde, liebe Mitglieder der Grünen im Kreis,

der von Euch neu gewählte Kreisvorstand (mit Ina Rosenthal, Prof. Dr. Bernd Martin, Selina Denzer, Hartmut Schwäbl, Kurt Merz (Schatzmeister), Boris Pašek (Kreisgeschäftsführer) sowie den Beisitzern Dietmar Ferger, Dr. Thomas Hengelage und Joël Girard) legt Euch nun den ersten Kreisrundbrief vor. „Überregionale“ Berichte, wie die von der Landes- und der Bundesdelegiertenkonferenz sowie regionale Themen sollen Euch möglichst kurz informieren und jeweils auf dem neuesten Stand halten. Mit regelmäßigen und sicher in Zukunft kürzeren Ausgaben hoffen wir, damit zur innerparteilichen Information und noch mehr zur inhaltlichen Diskussions- und Meinungsbildung beizutragen. Daher sind uns Beiträge, Kritik und Anregungen jederzeit sehr willkommen. Die Beiträge koor-

diniert Boris Pašek.

Unsere Kreisgeschäftsstelle ist nun mit Boris montags und mittwochs von 9 – 12 Uhr persönlich besetzt, im neuen Jahr zusätzlich noch an zwei festzulegenden Tagen mit Kurt Merz. Beide, wie auch der gesamte Kreisvorstand, freuen sich, wenn Ihr sie persönlich, telefonisch oder wie üblich per E-Mail in Anspruch nehmt.

Der Kreisvorstand wird seine Sitzungen auch in und mit den jeweiligen Ortsverbänden abhalten und hofft dadurch, im gesamten Kreis für unsere grüne Politik vor Ort mehr Unterstützung zu geben.

Der Kreisvorstand dankt allen Mitgliedern und Freundinnen und Freunden für ihre engagierte und harte Arbeit im Jahr 2014, mit hervorragenden Ergebnissen für uns Grüne. Wir wünschen allen ein ruhigeres Weihnachtsfest und uns gemeinsam ein ebenso erfolgreiches Neues Jahr 2015.

Euer
Bernd Martin
Sprecher des Kreisvorstandes

Bericht Kreisvorständetreffen

Bevor es zur Landesdelegiertenkonferenz am 8. und 9. November nach Tuttlingen ging, gab es mit dem Kreisvorstän-

detreffen am 18. Oktober in Stuttgart einen ersten Einblick in die aktuellen Debatten in Landesregierung, Landtagsfraktion und Landesverband. Trotz des Bahnstreiks (übrigens an beiden Terminen) kamen reichlich und prominente Gäste zu dem Treffen: Neben Ministerpräsident Winfried Kretschmann, waren auch die Minister Silke Krebs, Franz Untersteller, Alexander Bonde und Theresia Bauer, Andrea Lindlohr und Kerstin Andrae von Seiten der Fraktionspitzen aus Stuttgart und Berlin sowie unser Bundesvorsitzender Cem Özdemir anwesend. Für den Kreisverband Lörrach waren Hartmut Schwäbl und Joël Girard dabei.

Termine Januar 2015:

12.01.2015, 18:00 Uhr
Neujahrsempfang von Stadt und Landkreis Lörrach
Burghof, Herrenstr. 5, 79539 Lörrach

(Einlasskarten sind ab 08.01.2015 kostenlos im Rathaus erhältlich. Ohne diese Karte ist kein Einlass möglich)

23. und 24.01.2015
„Wenn möglich, bitte wenden!
- Zukunft der Mobilität“
Ev. Akademie Bad Boll

Bei Interesse bitte per E-Mail melden:
kv@gruene-loerrach.de

Nach der Begrüßung durch Thekla Walker und Oliver Hildebrand vom Landesvorstand drehte sich zunächst alles um Windkraft. Dabei zeigte Umwelt- und Energieminister Franz Untersteller, wieso der Ausbau erst jetzt langsam Fahrt aufnimmt: Vor allem die Umstellung der entsprechenden Gesetze und Verwaltungspraktiken bedurfte mehr Zeit als erhofft. Dennoch kann sich das Ergebnis sehen lassen: Wurden Windkraftgebiete unter Schwarz-Gelb fast nur an Orten ausgewiesen, wo gerade einmal eine laue Brise weht, gibt es nun zwar nach wie vor Vorrang- aber keine Ausschlussgebiete. Ergebnis: Windkraft wird für Investoren interessant. Allein die Voranfragen für Windanlagen aus den Jahren 2012 und 2013 würden bei Umsetzung ausreichen, um 70 Prozent der Windenergie zu erzeugen, die wir uns als Ziel im Jahr 2020 gesetzt haben – und dies trotz der unvorteilhaften Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die die Bundesregierung verabschiedet hat. Auch wenn es aufgrund der umfangreichen Voruntersuchungen hinsichtlich Windertrag und Naturverträglichkeit noch etwas Zeit bedarf, bis die Anlagen tatsächlich stehen: Die Weichen für eine erfolgreiche Energiewende in Baden-Württemberg wurden dank grünem Einsatz auf nachhaltigen Erfolg gestellt!

Auch beim zweiten Tagesordnungspunkt ging es um ein urgrünes Thema: Die Asyldebatte – und vor allem die viel debattierte Entscheidung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, für den Asylkompromiss im Bundesrat zu stimmen. Schon zu Beginn machte Winfried Kretschmann klar, wie schwer ihm die Entscheidung gefallen ist und wie intensiv er jeden Grund

dafür und dagegen abgewogen hatte. Wie sehr ihn das Thema dabei auch persönlich bewegt, wurde jedem der Anwesenden umgehend ersichtlich. Keinen Zweifel ließ er daran, dass er – wie auch die GRÜNEN als Partei – das Konzept der sogenannten sicheren Herkunftsländer als solches ablehne. Wieso hatte er dem Kompromiss zugestimmt? Weil dank seines Verhandelns vieles zum Wohle der Asylbewerber erreicht werden konnte, was im Vorschlag der schwarz-roten Bundesregierung nicht vorgesehen war: Denn nun können sich Asylbewerber beispielsweise ab dem vierten Monat frei im gesamten Bundesgebiet bewegen und bereits nach drei Monaten eine Arbeit aufnehmen. Des Weiteren erhalten Asylbewerber nicht mehr vorrangig Sachleistungen, sondern Geld, über das sie für ihren eigenen Bedarf selbst verfügen können. Leistungen die – soweit über Landesgesetze möglich – unter Grün-Rot bereits in Baden-Württemberg umgesetzt wurden, nun aber die Situation von Flüchtlingen in ganz Deutschland menschenwürdiger gestalten. Wie groß zuvor das Gefälle zwischen den einzelnen Bundesländern in diesen Bereichen war, machten Kerstin Andreae und Cem Özdemir mit ihrer Berliner Perspektive klar. Zum Abschluss machte der Ministerpräsident nochmals deutlich, dass der Kompromiss nur ein Schritt war, um die Situation aller Flüchtlinge im Bundesgebiet zu verbessern: Das uneingeschränkte Recht auf Asyl und die besten Bedingungen aller Zufluchtssuchenden ist unser Ziel. Auf dem Weg zu diesem Ziel bat Winfried Kretschmann eindringlich auch die Kreisvorstände, alles Menschenmögliche zu tun, um die

Zufluchtssuchenden vor Ort zu unterstützen. (Joël Girard)

Kurzbericht von der Landesdelegiertenkonferenz in Tuttlingen am 8. und 9.11.2014

Aus vielen Anträgen (ca. 150 Seiten) und hervorragenden Redebeiträgen waren aus meiner Sicht von großer Bedeutung die Themen:

1. Grüne Wirtschaftspolitik
2. Asyl
3. Mobilität
4. Nein zu CETA (und TTIP)
5. Hände weg vom Streikrecht
6. Wichtig für unsere Region: Keine weitere Fluglärmelästigung für Südbaden

Zu 1. Grüne Wirtschaftspolitik

Nachhaltigkeit und Innovation, MP Winfried Kretschmann brachte selbst den Leit Antrag (zehn Seiten) ein, der dann mit zwölf Änderungen/ Modifikationen mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Zentraler Gedanke: Die Chancen der Digitalisierung ergreifen (Industrie 4.0). Die Digitalisierung der Wirtschaft sei der zentrale Schlüssel, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Aber noch wichtiger dabei ist es, dass es durch intelligente Systeme möglich sei, Wirtschaftswachstum und Naturzerstörung endlich zu entkoppeln. (Anmerkung Bernd M.: wissenschaftliches Konzept dazu siehe insbesondere Prof. Ulrich von Weizsäcker, „Faktor 5“ [2010]). Wichtige Bausteine für die grüne ökologische Modernisierung in BW mit Hilfe der Digitalisierung seien Wissenschaft (Höchststand von 4,4 Mrd. € Ausgaben für Hochschulen), Bildung und Forschung (IKT Allianz), intelligente Energiewende und

Mobilität, Kreislaufwirtschaft, Ausbau des Breitbandnetzes, bürgerschaftliches Engagement und gemeinwohlorientierte Initiativen (share economy). Die Digitalisierung müsse mit einer Stärkung der Bürgerrechte und effektivem Datenschutz verbunden werden.

„Kretschmann als Wirtschaftsverstehert“ oder „Grüne wollen Wirtschaftspartei sein“ waren dann auch die Schlagzeilen unserer beiden regionalen Zeitungen am 10.11.14. Kretschmann sagte dazu, dass es die Grünen seien, die dieses Thema vorantreiben, während die „CDU im Tiefschlaf“ verharre. Er bestreite nicht, dass die CDU eine klassische Wirtschaftspartei sei. Aber mit der Berufung auf die Klassik habe er Probleme und (wörtlich wird er so zitiert) „Auch Homer, Shakespeare und Goethe waren Klassiker, aber das hat nicht dazu geführt, dass es danach keine Schriftsteller mehr gegeben hat“. D.h. wir haben die moderne Wirtschaftspolitik. Kretschmanns Formel lautet: „Heimat, High Tech, High Speed“.

In dieser Rede zur Wirtschaftspolitik hat er auch gegen die Maut von Bundesminister Dobrindt gefrotzelt. Zeitungen zitieren ihn hierzu wörtlich so: „Im Zeitalter der digitalen Revolution, wo man eine satellitengestützte Maut machen könnte, die nach Ort, Zeit und Fahrzeug das klassische Straßennetz bepreist und damit Lenkungseffekte erzielt, in solch einer Zeit mit einem Bepperl zu kommen, ist fossil“.

Bei diesem witzigen Satz bzw. an dieser Stelle ist es aus meiner Sicht notwendig, auch 1-2 Sätze zum Problem Datenschutz

zu verlieren. Wir Grüne sollten zwar die modernen Technologien fördern, aber auch die Gefahren und Risiken dabei offen ansprechen. Diese Risiken der digitalen Wirtschaft sind auch im beschlossenen Antrag zur Wirtschaftspolitik durch einen Änderungsantrag (WI-Ä2) nochmals deutlicher herausgearbeitet worden (Arbeitsplatzverluste, prekäre Beschäftigung, Datenschutz etc.).

Zu 2. Asyl

Kontroverse, aber faire Debatte (siehe Presse). Letztendlich wurde dem Leitantrag des Vorstands mit 81% der Delegiertenstimmen, nach einer leidenschaftlichen Rede (Verteidigung) von Kretschmann, zugestimmt. Der Leitantrag Asyl nimmt die Einwände ernst (Einstufung der Länder Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsländer löse keines der Probleme), führt aber auch auf, dass die grün-rote Landesregierung bereits einen Staatsvertrag mit Sinti und Roma abgeschlossen hat und für deren Integration zusätzliche Mittel bereitstellt, dass die konkreten Verbesserungen es uns vor Ort hoffentlich leichter machen, Widerstände zu minimieren. Kretschmanns Kernsätze: „die wirklichen Probleme haben die Flüchtlinge, nicht wir“ und „das Grundrecht auf Asyl kennt keine Deckelung/zahlenmäßige Beschränkung. Das Boot ist nie voll“.

Zu 3. Mobilität

Umfangreiches Konzept/Antrag verabschiedet (acht Seiten). Es enthält Bahn, Bus, innovative Angebotsformen, Radverkehr verdoppeln, lebenswerte Siedlungen, Güterverkehr und Logistik, Automobil und Fahrzeugtechnik, Luftverkehr, Di-

gitalisierung. Kerngedanke aus meiner Sicht: Wir brauchen intelligente, verknüpfte Systeme, sonst wird sich der Beitrag der Mobilität mit $\frac{1}{3}$ zum CO₂ Ausstoß nicht wesentlich verringern lassen.

Zu 4. Nein zu CETA (TTIP)

Wir Grünen lehnen CETA in seiner jetzigen Form ab. Die Argumentation ist vor allem auf dem Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren aufgebaut.

Zu 5. Hände weg vom Streikrecht

Initiativantrag „Hände weg vom Streikrecht“ wurde verabschiedet (also vor allem gegen das geplante Gesetz zur Tarifeinheit). Aber auch Aufruf zur Solidarität zwischen den Gewerkschaften und Anerkennung, dass diese Streiks eine große Belastung für die Bevölkerung darstellen. Sie aber der GDL anzulasten, wäre völlig falsch. (Anmerkung Bernd M.: Meiner Meinung nach liegen die Ursachen weiter zurück, insbesondere in dem verfehlten Versuch der Privatisierung der Bahn und in dem dabei folgenden massiven Personalabbau bis heute [siehe Ausfälle wegen Personalmangel in Stellwerken um Mainz letzten Sommer]).

Zu 6. Fluglärm Südbaden

Siehe dazu unsere Pressemitteilung in diesem Rundbrief.

PS: Die Beschlüsse/Anträge sind auf der Homepage des Landesverbandes Bündnis 90/Die Grünen unter „Landesdelegiertenkonferenz Tuttlingen“ zu finden. (Bernd Martin)

Joshua Frey, MdL: Grün erzielt viele Fortschritte beim Thema Asyl – die erfolgreiche Umsetzung entscheidet sich aber über das Engagement vor Ort

Wie die Diskussion um den Asylkompromiss gezeigt hat, sind wir als Gesellschaft noch auf dem Weg zu jener Form einer würdigeren Flüchtlingsaufnahme, wie es die UN Flüchtlingskonvention fordert und wir GRÜNE uns das zum Ziel gesetzt haben. Hierzu werde ich als Euer Wahlkreisabgeordneter vielfach gefragt, was das Land Baden-Württemberg denn im Rahmen seiner Möglichkeiten in Sachen Asyl unternehmen hat. Die gute Botschaft ist, dass wir bereits viele Maßnahmen für einen besseren Empfang der Zuflucht-Suchenden und Ihren Aufenthalt in Baden-Württemberg durch gesetzliche Änderungen und entsprechende Finanzierung eingeleitet haben. Dies reicht von einer deutlich höheren Pauschale für die Stadt- und Landkreise, die für die Flüchtlingsaufnahme ausführend zuständig sind, bis hin zu den Mitteln für Vorbereitungsklassen, die auch Flüchtlingskindern zu Gute kommen (Weitere Maßnahmen siehe Infokasten). Auch der von Ministerpräsident Winfried Kretschmann für den 13. Oktober 2014 einberufene Flüchtlingsgipfel brachte weitere positive Ergebnisse: Unter anderem ein Sonderbauprogramm für Asylunterkünfte sowie die Aufstockung personeller Ressourcen, um die Aufnahme und Integration im ganzen Land zu verbessern. Trotz dieser wichtigen und richtigen politischen Rezepte der grün-roten Landesregierung für diese Sache muss uns jedoch immer bewusst sein, dass wir – wie es unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann

auch auf der Kreisvorständesitzung in Stuttgart betont hat – vor allem vor Ort über den tatsächlichen Erfolg der Aufnahme von Schutzsuchenden entscheidend mitwirken. Ich selbst habe dabei neben vielen weiteren Aktivitäten hierzu auch die neuen Unterkünfte des Landkreises in Lörrach besucht. Besonders freut mich aber das vielfältige Engagement beim Thema Asyl, welches im Kreis Lörrach für eine gelebte Willkommenskultur gezeigt wird: Exemplarisch möchte ich hierfür den Freundeskreis Asyl sowie Pro Asyl nennen. Bei beiden sind auch GRÜNE tatkräftig mit dabei und beweisen das große Potenzial und Verständnis in der Bevölkerung dafür, dass wir vor den Konflikten auf der Welt nicht die Augen verschließen können, die auf dem gesamten Globus derzeit über 50 Millionen in die Flucht getrieben haben. Mit unserer aktiven Hilfe können wir auch bei uns in der Region dazu beitragen, diesen Menschen eine sichere Zuflucht vor Krieg und Verfolgung zu bieten.

Grün-rote Asylpolitik in Baden-Württemberg

- Die Pauschale für die Flüchtlingsaufnahme an die Landkreise wird pro Person von 7.8000 Euro (2004) auf 14.000 Euro (2016) stufenweise erhöht. Aktuell liegt sie bei 12.600 Euro
- Für Vorbereitungsklassen wurden 20 Millionen Euro in diesen Doppelhaushalt eingebracht
- Erstmals wurden Standards für Flüchtlingssozialarbeit eingeführt
- Erstmals können Asylbewerber bereits während der vorläufigen Unterbringung Deutschkenntnisse in einfa-

cher Sprache erwerben

- Die Mindestwohnfläche für Flüchtlinge wurde von vier auf sieben Quadratmeter erhöht

Die Landesregierung hat die Landeserstaufnahmestelle finanziell und personell besser ausgestattet und eine unabhängige Sozial- und Verfahrensberatung eingerichtet. Derzeit arbeiten wir mit Hochdruck daran, solche Erstaufnahmestellen in allen Regierungsbezirken in die Tat umzusetzen

Was wurde auf dem Flüchtlingsgipfel beschlossen?

- 2015 und 2016 werden insgesamt 30 Millionen für ein Sonderbauprogramm zur Verfügung gestellt, um Unterkünfte für Flüchtlinge zu schaffen
- Baden-Württemberg wird zusätzlich mehr Flüchtlinge aufnehmen, die Opfer sexueller Gewalt im Nordirak und in Syrien geworden sind
- Die Vorbereitungsklassen werden um 200 Deputate aufgestockt, hierfür werden in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt fast 25 Millionen Euro zur Verfügung gestellt
- Für den vorschulischen Bereich werden im gleichen Zeitraum weitere Finanzmittel über 1,2 Millionen Euro bereitgestellt
- Flüchtlingen soll in Zukunft ein Studium an Hochschulen auch ohne Aufenthaltstitel ermöglicht werden
- Ein Stipendien- und Förderprogramm zu Gunsten syrischer Flüchtlinge wird in Zusammenarbeit mit dem DAAD erstellt
- Die vielen regionalen Initiativen sollen durch ein Vernetzungstreffen bei der grünen

Staatsrätin Gisela Erler unterstützt werden

- Die Gesundheitsvorsorge soll durch eine schnelle medizinische Erstuntersuchung in den Landeserstaufnahmestellen besser gewährleistet werden

(Joshua Frey)

Kurzbericht von der Bundesdelegiertenkonferenz in Hamburg, vom 21. bis zum 23.11.2014

Aus dem 3-tägigen Parteitag mit über 800 Delegierten und insgesamt ca. 600 Anträgen eine (subjektive) Auswahl wichtiger Themen:

1. Grüne Werte: Freiheit und Selbstbestimmung
2. Klimapolitik; Atommüll-Endlagerung (Schacht Konrad)
3. Grüne Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik
4. Humane Flüchtlingspolitik (Asylrecht)
5. Aufarbeitung Pädophilie-Debatte
6. Europäische Friedensordnung

Zu 1.

Der grüne Freiheitsbegriff weist nicht nur auf die Entstehung der Grünen aus Freiheitsbewegungen hin, er ist seitdem einer von vier Pfeilern unserer grünen Programmatik. Auf der BDK in Hamburg wurde er sozusagen den neuen Herausforderungen angepasst. Emanzipatorisch, partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch sind die wichtigsten Schlagworte des Begriffs und unterscheiden uns damit stark von den klassischen (Neo-)Liberalen, denen dabei die gesellschaftliche Verantwortung abhanden gekommen ist oder den (Wirtschafts-)Liberalen mit ihrer maßlosen Deregulie-

rung etc.

Gleichzeitig weisen der angenommene Antrag und ein weiterer Antrag sehr deutlich auch auf die Bedrohungen der Freiheit (digitale Selbstbestimmung gewährleisten – grenzenlose Überwachung stoppen) hin und auf unsere Unterstützung für diejenigen, die dies unter hohen Risiken an die Öffentlichkeit bringen (z.B. Edward Snowden).

Zu 2.

Der Klimaschutz ist und bleibt eines der zentralen Themen. Der Antrag erneuerte unsere wichtigsten Forderungen a) verbindliche Klimaschutzziele für alle Sektoren (Verkehr, Energie, Gebäude, Industrie, Landwirtschaft), b) Kohleausstieg einleiten und c) klimaschädliche Subventionen abbauen. Darüber hinaus wurde gefordert, die 2002 erteilte Genehmigung für die Endlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Material im „Schacht Konrad“ zu überprüfen (d.h. dem neueren Stand der Wissenschaft anzupassen, der u.a. die Rückholbarkeit fordert).

Zu 3.

Eine grüne Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik hat, von Anton Hofreiter engagiert vorgebracht, eine ähnliche ökologische Bedeutung wie die Energiewende. Die jüngst aufgedeckten Skandale in der industriellen Fleischproduktion in Norddeutschland zeigen die Aktualität dieses Bereichs. Die Debatte distanzierte sich deutlich von irgendwelchen Vorschriften (Veggie Day) und legte den Schwerpunkt eher auf die Sicherheit von Lebensmitteln, die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden und den fairen Handel.

Zu 4.

Eigentlich die gleiche Debatte und das gleiche Abstimmungsergebnis wie auf der Landesdelegiertenkonferenz in Tuttlingen (siehe den Bericht dort). Winfried Kretschmann hat, trotz Behinderungen, sehr authentisch gekämpft und eine deutliche Mehrheit hinter Baden-Württemberg gebracht.

Zu 5.

Die Aufarbeitung der unsäglichen Pädophilie-Debatte der Grünen war beeindruckend und ging unter die Haut. Insbesondere der Redebeitrag eines Opfers der Odenwaldschule zeigte die anhaltende Betroffenheit bis heute und war sehr ergreifend und notwendig. Alle Redner haben sich ernsthaft und empathisch bei allen Opfern entschuldigt und die Grünen haben sich hierbei glaubwürdig distanziert, auch wenn der TAZ-Redakteur Füller es anders sieht. Der Antrag von Ina bezüglich der Einschränkung der Berufsausübung für straffällig gewordene Pädophile wurde eingearbeitet, aber leider nicht in der klaren Formulierung von Ina.

Zu 6.

Wichtigster Tagesordnungspunkt war am letzten Tag die Friedenspolitik. Um sie wurde leidenschaftlich gerungen. Die „grüne Haltung“ zu den Kriegen in der Ukraine, Syrien / Irak / Afghanistan / Türkei etc. ist umstritten. Eine europäische Friedenspolitik der Deeskalation im Rahmen der OSZE wird aber von allen als Minimalkonsens befür-



wortet, Waffenlieferungen und Militäreinsätze überwiegend abgelehnt und für neue Initiativen zur Abrüstung etc. geworben. Dabei muss nach unserer Meinung noch viel stärker Hilfe für die Opfer, gerade von Deutschland, geleistet werden (siehe Asylpolitik).

PS: Die Beschlüsse/Papiere sind auf der Homepage des Bundesverbandes unter www.gruene.de >> Über uns >> Beschlüsse zu finden.

(Bernd Martin)

Keine weitere Fluglärmbelastung für Südbaden!

Auf Initiative des grünen Kreisverbandes Waldshut und des Lörracher Landtagsabgeordneten Josha Frey sowie der Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Kreistag, Heike Hauk, forderte der Landesparteitag der Grünen am vergangenen Sonntag in Tuttlingen in einer Resolution Bundesverkehrsminister Dobrindt auf, endlich Farbe zu bekennen und das von der Schweiz beantragte „Ostanflugkonzept“ zu verhindern.

Der Grüne Landesparteitag lehnt eine weitere Fluglärmbelastung für Südbaden durch das von der Schweiz vorgese-

hene Ostanflugkonzept ab. Die Grünen in Baden-Württemberg stehen geschlossen hinter der sog. „Stuttgarter Erklärung“. Der Landtag hatte sich mehrfach und über die Fraktionsgrenzen hinweg auf die Umsetzung der Stuttgarter Erklärung festgelegt. Im Vordergrund stehen daher Beschränkungen von Flugrouten, Deckelung der Anflüge auf 80.000 Flugbewegungen im Jahr, Auflösung des RILAX-Warteraums über deutschem Gebiet sowie keine Abflüge nach Norden direkt über deutsches Gebiet.

In der Resolution heißt es weiter: „Von der baden-württembergischen CDU mit ihrem Landesvorsitzenden Strobl und ihrem Landtagspräsidenten Wolf erwarten wir, dass sie endlich ihren – auch in der Region – vielfach vollmundig vorgetragenen Versprechungen Taten folgen lassen und sich endlich bei ihrem CSU Parteifreund Dobrindt mit der Forderung nach einer wirksamen Fluglärm-entlastung für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger durchsetzen“.

Wir erkennen die uneingeschränkte Unterstützung der grün-roten Landesregierung zur Stuttgarter Erklärung an. Rückenwind gibt es außerdem durch ein erneutes Schreiben des baden-

württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). Darin fordert Kretschmann Dobrindt zudem auf, endlich offenzulegen, wie der Bund im sogenannten Fluglärmstreit vorgehen wolle und welche Ziele er überhaupt verfolge. Kretschmann: „Die Menschen in Südbaden fordern zu Recht eine Entlastung beim Fluglärm. Bislang leider vergeblich“.

Die Grünen, kritisieren Dobrindts bisherige Geheimdiplomatie und erwarten, dass der Minister endlich die Interessen der südbadischen Landkreise vertrete. Die von der Schweiz gestellten Änderungsanträge (der sog. 220. Durchführungsverordnung) dürfe Dobrindt nicht genehmigen. Der Landtagsabgeordnete Josha Frey hierzu: „Diese Änderung des Ostanflugkonzeptes hätte womöglich drastische Folgen hinsichtlich der Flugverkehrsbelastung für Südbaden“. Alle Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg fordern wir auf, sich mit Nachdruck beim Bundesverkehrsminister gegen eine Verschiebung des Fluglärms nach Südbaden einzusetzen und die Stuttgarter Erklärung umzusetzen.

(Ina Rosenthal, Bernd Martin)

